



c/o Stelle zur Bekämpfung  
von Diskriminierungen  
A-1190 Wien, Muthgasse 62,  
Telefon: 01-4000-38950  
Fax: 01-4000-99-38960  
E-Mail: buero@monitoringstelle.wien

WMS - 2889-2020-358

Wien, 27.11.2020

Wahrnehmungsbericht:  
„Auswirkungen der COVID-19 Krise in Wien“

Sehr geehrte Damen und Herren!

Die Wiener Monitoringstelle für die Rechte von Menschen mit Behinderungen hat in ihrer Sitzung vom 09.06.2020 beschlossen, einen Wahrnehmungsbericht zu den COVID-19 Maßnahmen in Wien zu verfassen und die Auswirkungen auf Menschen mit Behinderungen zu beleuchten.

### **Pandemie als Herausforderung**

Die Pandemie ist eine große Herausforderung für die Gesellschaft. Besonders in Krisen zeigen sich Stärken und Schwächen von Systemen. In den letzten Monaten gab es zahlreiche detaillierte Berichte zum Thema COVID-19. Man sah deutlich, welche Auswirkungen die Pandemie auf Menschen mit Behinderungen auf nationaler und internationaler Ebene hat.

Wir verweisen hier exemplarisch auf Dokumente der **Volksanwaltschaft**<sup>1</sup>, des **Netzwerks Selbstvertretung Österreich**<sup>2</sup> und der **COVID-19 Disability Rights Monitor (DRM) Coordinating Group**<sup>3</sup>.

---

<sup>1</sup> Volksanwaltschaft: „Pflegeeinrichtungen in Zeiten der Corona-Pandemie“, <https://volksanwaltschaft.gv.at/artikel/Empfehlungen-fuer-Umgang-mit-Corona-in-Pflegeeinrichtungen>

<sup>2</sup> Netzwerk Selbstvertretung Österreich: „Wie ist es den Menschen mit Lern-Schwierigkeiten in der Corona- Krise gegangen?“, [https://www.behindertearbeit.at/wp-content/uploads/Stellungnahme\\_Corona\\_NetzwerkSV0e\\_15-07-2020.pdf](https://www.behindertearbeit.at/wp-content/uploads/Stellungnahme_Corona_NetzwerkSV0e_15-07-2020.pdf)

<sup>3</sup> COVID-19 Disability Rights Monitor (DRM) Coordinating Group: „Disability rights during the pandemic“, <https://covid-drm.org/assets/documents/Disability-Rights-During-the-Pandemic-report-web.pdf>

In diesem Wahrnehmungsbericht werden exemplarisch Situationen in Wien dargestellt. Dazu wurde einerseits auf die Expertise der Mitglieder der Wiener Monitoringstelle zurückgegriffen. Ergänzend wurden auch externe Expertinnen und Experten um Input gebeten.

Es waren dies Expertinnen und Experten vom Dachverband Wiener Sozialeinrichtungen, von der Interessensvertretung sozialer Dienstleistungsunternehmen für Menschen mit Behinderung (IVS Wien) und vom VertretungsNetz. Auch öffentlich vorliegende Informationen (MA 40, Sozialministerium, Volksanwaltschaft) wurden herangezogen.

Folgende **zwei Fragen** wurden gestellt:

1. Gibt es Ereignisse, die den Zielen der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (UN-BRK) widersprechen?
2. Was könnte in Zukunft in so einer Krise besser gemacht werden?

### **Wurden die Anforderungen der UN-BRK berücksichtigt?**

Im Frühjahr 2020 erfolgte im Sinne der Pandemiebekämpfung eine Vielzahl von Maßnahmen, um die Gesundheitssysteme nicht zu überlasten und die Gesundheit der Bevölkerung zu schützen. Die Maßnahmen zeigten bei der ersten Welle Wirkung.

Die Wiener Monitoringstelle erachtet es als erforderlich, mit diesem Bericht auf einige Punkte hinzuweisen. Die Verpflichtung Wiens, die UN-BRK einzuhalten, schien insbesondere bei **folgenden Artikeln nur unzureichend erfüllt**:

Artikel 4 „Allgemeine Verpflichtungen“, Artikel 8 „Bewusstseinsbildung“, Artikel 9 „Barrierefreiheit“, Artikel 10 „Recht auf Leben“, Artikel 11 „Gefahrensituationen und humanitäre Notlagen“, Artikel 14 „Freiheit und Sicherheit der Person“, Artikel 17 „Schutz der Unversehrtheit der Person“, Artikel 19 „Selbstbestimmtes Leben und Inklusion in der Gemeinschaft“, Artikel 21 „Recht der freien Meinungsäußerung, Meinungsfreiheit und Zugang zu Informationen“, Artikel 26 „Vermittlung von Fähigkeiten und Rehabilitation“ sowie Artikel 29 „Teilhabe am politischen und öffentlichen Leben“.

Besonders folgende Aspekte scheinen unter Berücksichtigung der UN-BRK erwähnenswert:

### **Gesundheitssysteme**

Im Rahmen der Schutzmaßnahmen der ersten Welle wurden großflächig **Behandlungen** und Kontrolltermine<sup>4</sup> für chronisch kranke Menschen und/oder

---

<sup>4</sup> ORF: „Schwierige Lage für chronisch Kranke“, <https://orf.at/stories/3158257/>

Menschen mit Behinderungen in Wiener Gesundheitseinrichtungen und Spitälern verschoben<sup>5</sup> bzw. storniert<sup>6</sup>. Dies führte zu teilweise massiven individuellen Problemen und Verschlechterungen des Gesundheitszustandes.<sup>7</sup>

Es wurden auch Probleme bei der medizinischen Versorgung abseits von COVID-19 - beispielsweise durch zu rasche Entlassungen - bekannt. Weiters wurden in Spitälern massive Einschränkungen bei Besuchen erlassen<sup>8</sup>. Für Menschen mit Behinderungen wurde organisatorisch mitbedacht<sup>9</sup>, dass **Begleitung** teilweise unerlässlich ist.

In der Praxis wurde aber manches Mal die Mitnahme von Begleitpersonen zur Kommunikation nicht zugelassen. Somit wurden die Anliegen von Menschen mit Lernschwierigkeiten nicht ernstgenommen. In der Praxis wäre die Verwendung des GeKo-Wien Passes<sup>10</sup> von Seiten der Spitäler manches Mal hilfreich gewesen.

Teilweise wurden Vorgangsweisen für eine **Triage** erörtert<sup>11</sup>, die tendenziell pflegebedürftige Menschen bzw. Menschen mit Behinderungen benachteiligen könnten.<sup>12</sup>

Es ist dringend notwendig, dass psychosoziale Dienste weiter für Menschen mit psychosozialen Behinderungen zur Verfügung stehen. Besonders in Krisenzeiten verschärfen sich bereits vorhandene Probleme. Dies führt zusätzlich zu enormen Belastungssituationen.

Eine kontinuierliche Behandlung sowie kontinuierliche therapeutische Angebote für chronisch kranke Menschen und/oder Menschen mit Behinderungen sollten auch in Krisenzeiten sichergestellt werden.

## **Schutzmaterialien und Testmöglichkeiten**

In den ersten Monaten der Pandemie konnte weder der Staat noch die Stadt Wien notwendige **Schutzmaterialien** (beispielsweise Masken) in ausreichender Anzahl zur Verfügung stellen. Mehrere Wochen waren die Einrichtungen der Wiener Behindertenhilfe bzw. von Menschen mit Behinderungen in Privathaushalten kaum in

<sup>5</sup> Presse: „Chronisch Kranke fürchten ‚Kollateralschäden‘ wegen COVID-19“, <https://www.diepresse.com/5807303/chronisch-krank-furchten-kollateralschaden-wegen-covid-19>

<sup>6</sup> ORF-Wien: „Kritik an geschlossenen Arztpraxen“, <https://wien.orf.at/stories/3039850/>

<sup>7</sup> Patientenombudsman: „Das Coronavirus und die aktuelle Situation in Wien“, <https://www.patientenombudsman-wien.at/das-coronavirus-und-die-aktuelle-situation-in-wien/>

<sup>8</sup> Wiener Zeitung: „Die Schutzbedürftigen in der Corona-Krise“, <https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/politik/oesterreich/2056173-Die-Schutzbeduerftigen.html>

<sup>9</sup> ÖGK: „Patientenversorgung in den Gesundheitseinrichtungen der ÖGK“, <https://www.gesundheitskasse.at/cdscontent/?contentid=10007.857880&portal=oegkportal>

<sup>10</sup> Dachverband Wiener Sozialeinrichtungen: „Geko-Wien Pass“, <https://www.geko.wien>

<sup>11</sup> Anaesthesie.News: „ICU-Triage im Fall von Ressourcenmangel“, <https://www.anaesthesie.news/aktuelles/arge-ethik-der-oegari-icu-triage-im-fall-von-ressourcenmangel-aus-anlass-der-sars-cov-2-pandemie/>

<sup>12</sup> Addendum: „Die Triage liegt in der Schublade“, <https://www.addendum.org/coronavirus/triage-oesterreich/>

der Lage, sich mit Materialien zu versorgen. Bis in den Sommer waren Tests mit zeitnaher Bekanntgabe eines Ergebnisses kaum möglich.

Im Sommer 2020 legte die Stadt Wien ein Wiener Pandemielager<sup>13</sup> an, um Engpässen in einer zweiten Welle vorzubeugen. Wesentliches Augenmerk sollte die Versorgung von Spitälern und Institutionen mit Schutzmaterial haben. Auch für besonders gefährdete Personen von Privathaushalten sollte Schutzmaterial bereitgestellt werden.

Ab November 2020 sollen großflächig und regelmäßig Tests in Pflegeeinrichtungen erfolgen. Zusätzlich soll es Tests in Ordinationscontainern<sup>14</sup> geben. Diese Container sind hoffentlich barrierefrei zugänglich.

### **Barrierefreie Informationen**

Besonders in den ersten Wochen waren kaum barrierefreie Informationen verfügbar. Bei den **Pressekonferenzen** der Wiener Stadtregierung gab es keine ÖGS-Dolmetschung. Informationen in Leichter Sprache waren weder online noch gedruckt verfügbar.

Obwohl vom Sozialministerium angekündigt<sup>15</sup>, wurden die Corona-Verordnungen nicht regelmäßig in **einfacher Sprache** veröffentlicht. Es gab nur sporadisch Informationsangebote<sup>16</sup>. Auch die Stadt Wien hat dieses Informationsdefizit nicht abgedeckt. Der Fonds Soziales Wien bot einzelne Informationen<sup>17</sup> in Leichter Sprache im eigenen Bereich an. Private Initiativen<sup>18</sup> übersetzten zumindest einige grundlegende Informationen in Leichte Sprache. Die Stadt Wien betrieb allerdings ein mehrsprachiges Informationsangebot<sup>19</sup> zum Coronavirus; darunter auch in **ÖGS**<sup>20</sup>.

### **Einrichtungen in Krisenzeiten**

Die Stadt Wien hat ihre Partnerorganisationen dazu angehalten, **Wohnangebote** jedenfalls durchgängig zu betreiben. Menschen mit Behinderungen, die in Einrichtungen leben, wurden allerdings teilweise auch in Wien überschießend

<sup>13</sup> DerStandard: „Hochsicherheitszone: Was sich im Wiener Pandemielager abspielt“,

<https://www.derstandard.at/story/2000120214384/hochsicherheitszone-was-sich-im-wiener-pandemielager-abspielt>

<sup>14</sup> ORF-Wien: „Stadt besorgt zwei Millionen Schnelltests“ <https://wien.orf.at/stories/3073505/>

<sup>15</sup> Sozialministerium: „Anschöber: Corona-Verordnungen ab sofort in einfacher Sprache und einfacher Grafik“,

[https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20200619\\_OTS0073/anschöber-corona-verordnungen-ab-sofort-in-einfacher-sprache-und-einfacher-grafik](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20200619_OTS0073/anschöber-corona-verordnungen-ab-sofort-in-einfacher-sprache-und-einfacher-grafik)“

<sup>16</sup> Sozialministerium: „Informationen zum Coronavirus in LL bzw. ÖGS“, <https://www.sozialministerium.at/Informationen-zum-Coronavirus/Informationen-zum-Coronavirus-in-LL-bzw.-OEGS.html>

<sup>17</sup> FSW: „Die Corona-Krise und die FSW-Behindertenhilfe“, [https://www.fsw.at/downloads/leben-mit-behinderung/20201102\\_Die-Corona-Krise-und-die-FSW-Behindertenhilfe.pdf](https://www.fsw.at/downloads/leben-mit-behinderung/20201102_Die-Corona-Krise-und-die-FSW-Behindertenhilfe.pdf)

<sup>18</sup> Leicht Lesen: „Informationen zum Corona Virus in Leichter Sprache“, <http://www.leichtlesen.at/informationen-zum-corona-virus-in-leichter-sprache/>“

<sup>19</sup> Stadt Wien: „Mehrsprachige Informationen zum Coronavirus (COVID-19)“, <https://www.wien.gv.at/menschen/integration/corona-mehrsprachiger-info-service.html>

<sup>20</sup> Stadt Wien: „Information zu Corona für Gehörlose“, <https://coronavirus.wien.gv.at/site/informationen-zu-corona-fuer-gehoerlose/>

abgeschottet. Damit sollten Gefährdungssituationen möglichst ausgeschlossen werden.

**Verletzungen von Grund- und Freiheitsrechten** - ähnlich jenen in Wohn- und Pflegeheimen für Pensionistinnen und Pensionisten<sup>21</sup> - waren die Folge. Die Einschränkung von Grund- und Freiheitsrechten erfolgte aufgrund individueller Risikoabschätzungen einzelner Betreiberinnen bzw. Betreiber (Schutz der Unversehrtheit der Einzelperson vs. Schutz der Einrichtung). Dadurch wurden Menschen mit Behinderungen in Einrichtungen isoliert und massiv bevormundet.

Das Sozialministerium verwies auf grundrechtskonforme Vorgangsweisen mit den „Empfehlungen zur Lockerung der COVID-19-bedingten Einschränkungen in den Einrichtungen und Programmen der Behindertenhilfe der Länder“<sup>22</sup>.

So wurde es Bewohnerinnen und Bewohnern - im Gegensatz zur restlichen Bevölkerung – untersagt, ins Freie zu gehen. Es wurde auch keine diesbezügliche Unterstützung angeboten. Ein Verlassen der Einrichtung hätte mitunter bedeutet, dass die Einrichtung von der Bewohnerin bzw. dem Bewohner nicht mehr betreten hätte werden dürfen. Die **Absonderungen und Isolierungen erfolgten teilweise ohne behördlichen Bescheid** (z.B. nach Krankenhausaufenthalt, Ambulanzbesuch). Meldungen an die Bewohnervertretung gemäß dem Heimaufenthaltsgesetz - HeimAufG gab es häufig nicht.

Im Sinne der **Partizipation** hätten Bewohnerinnen und Bewohner bei der Erstellung der Richtlinien zum Schutz vor Übertragung von COVID-19 einbezogen werden sollen. Auch in Krisenstäben waren Menschen mit Behinderungen nicht vertreten.

Beobachtbar war auch die verallgemeinernde Ansicht, dass Menschen mit Behinderungen grundsätzlich Teil der **Risikogruppe** seien. Ebenso wurde Menschen mit Behinderungen vielfach pauschalisiert unterstellt, sie könnten aufgrund ihrer Behinderung Hygienerichtlinien nicht einhalten.

Die **Werkstätten und Tagesstrukturen** wurden in Wien teilweise geschlossen und sehr lange nicht wiedereröffnet. Dies führte teilweise zu großen Belastungen für Menschen mit Behinderungen und ihren Angehörigen.

<sup>21</sup> MA 40: „Schutz der persönlichen Freiheit iZm COV-19“, MA 40-HA-307628-2020

<sup>22</sup> Sozialministerium: „Empfehlungen zur Lockerung der COVID-19-bedingten Einschränkungen in den Einrichtungen und Programmen der Behindertenhilfe der Länder“, <https://www.sozialministerium.at/dam/jcr:8df2d687-4541-4d75-98b0-7c98849b4959/Empfehlungen%20zur%20schrittweisen%20Rückkehr%20zum%20Alltagin%20den%20Einrichtungen%20und%20Programmen%20der%20Behindertenhilfe%20der%20Länder.pdf>

Im Rahmen der zweiten Welle und des zweiten Lockdowns<sup>23</sup> wird hoffentlich auf die bisher gemachten Erfahrungen zurückgegriffen und die Wiederholung von Fehlern vermieden.

### **Persönliche Assistenz**

Nutzerinnen und Nutzer von Persönlicher Assistenz leben meist mit weniger Personen zusammen als Menschen in Einrichtungen. Sie stecken sich daher in einer Pandemie auch weniger leicht an. Ein selbstbestimmtes Leben schützt darüber hinaus vor Absonderung und Isolierung.

### **Fazit**

Im Zuge der COVID-19 Krise zeigt sich in vielen Bereichen bisher sehr deutlich, dass Menschen mit Behinderungen ein besonderes Risiko tragen, von der **Teilhabe** ausgeschlossen zu werden. Es ist künftig darauf zu achten, dass Menschen mit Behinderungen nicht von massiveren Freiheitsbeschränkungen betroffen sind als der Rest der Bevölkerung.

Generell ist festzustellen, dass sich in Bereichen, in denen die UN-BRK nicht konsequent umgesetzt wird, größere Probleme für Menschen mit Behinderungen und deren Umfeld ergeben. Dies gilt insbesondere in Krisenzeiten. Eine Präventionsmaßnahme ist daher die rasche Umsetzung der UN-BRK.

Mit freundlichen Grüßen

Mag. Michael Fink

---

<sup>23</sup> DerStandard: „Die Maßnahmen des zweiten Lockdowns“, <https://www.derstandard.at/story/2000121336033/ein-november-mit-besuchsverbot-die-massnahmen-des-zweiten-lockdowns>